

Antrag

Bezirksregierung Arnsberg
Kompetenzzentrum für Integration
Dezernat 36
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

auf Gewährung einer Zuwendung
für den Betrieb eines Kommunalen
Integrationszentrums zur Koordinierung
der Integrationsarbeit in den Kommunen
und Kreisen (Nr. 2.1), hier¹:

- ☐ Neueinrichtung
☐ Fortführung

sowie auf Gewährung von Zuschüssen zu
Personal- und Sachausgaben für die Ko-
ordinierung, Vernetzung und Qualifizie-
rung (Nr. 2.2.1)

Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen an Kreise und kreisfreie Städte ge-
mäß der „Richtlinie für die Förderung Kommunalen Integrationszentren“ vom
25.06.2012, Az. 321-06.08.06.09-101487, in der aktuellen Fassung und dem Erlass
„Kommunale Integrationszentren“ vom 25.06.2012 in der aktuellen Fassung
(SMBL.NRW. Glied.-Nr. 26)

1. Antragsteller

Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	Straße: PLZ/Ort: Kreis:
Vertretungsberechtigter:	Name:
Auskunft erteilt:	Name: Tel. (Durchwahl): Telefax-Nr.: Email:
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung:	IBAN: BIC: Bezeichnung des Kreditinstitutes: HHst./ Kassenzeichen, Vertragskonto:
Genehmigtes Integrati- onskonzept	☐ liegt vor, mit Datum vom _____ Ratsbeschluss mit Datum vom _____ Das aktuelle Integrationskonzept (analog und digital) ☐ liegt der Bewilligungsbehörde vor ☐ wird übersandt bis zum _____

¹ Zutreffendes bitte ankreuzen.

2. Maßnahme

2.1		2.2 Einrichtung und Betrieb eines Kommunalen Integrationszentrums als Koordinierungsstelle für die Arbeit in den Leistungsbereichen Integration durch Bildung und Integrationsarbeit als kommunale Querschnittsaufgabe (Nr. 2.1 der RL) sowie für die Koordinierung, Vernetzung und Qualifizierung (Nr. 2.2.1 der RL) durch nachstehende Fachkräfte. Hier müssen <u>auch</u> die abgeordneten <u>Lehrkräfte</u> angegeben werden:						
Nr.	Vor- und Zuname	Bildungsabschluss/ Qualifikation	Beschäftigt als SF (KA) VF (KA) VA LK ²	im Zeitraum vom... bis... 20xx tätig	Stellenanteil im KI	Besoldungs-/ Entgeltgruppe und Stufe	Voraussichtliche Perso- nalkosten ohne Gemein- kosten / pro Jahr entspr. des angegebenen Stel- lenanteils ³	a. Leitung b. Stellver- tretung ⁴
1.								
2.								
3.								
4.								
5.								
6.								
7.								
8.								
		Gesamtpersonalausgaben						

2.3 Voraussichtliche Gesamt-Sachausgaben: €

² SF=Sozialpädagogische Fachkraft, VF=Verwaltungsfachkraft, VA=Verwaltungsassistentkraft, LK=Lehrkraft, SF KA=Sozialpädagogische Fachkraft (KOMM-AN), VF KA=Verwaltungsfachkraft (KOMM-AN)

Bei LK sind Eintragungen in den Spalten „Vor- und Zuname“, „Beschäftigt als“, „Vollzeitkraft, Teilzeitkraft“ und evtl. „Leitung, Stellvertretung“ vorzunehmen

³ Personalkosten Beamte = Jahresbruttogehalt + 30%iger Versorgungszuschlag ohne Beihilfe, Personalkosten Angestellte = Jahresbruttogehalt + Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers + Zusatzversorgung Rente (VBL) + Vermögenswirksame Leistungen + evtl. weitere (zu erläuternde) gesetzliche oder tarifvertragliche Verpflichtungen des Arbeitgebers

⁴ Leitung und Stellvertretung müssen durch landesgeförderte Vollzeitkräfte aus unterschiedlichen Fachbereichen wahrgenommen werden

2.3 Nr. 2.1 der RL: Durchführungszeitraum von _____ bis(max. bis zum 31.12. _____)
Nr. 2.2.1 der RL: Durchführungszeitraum von _____ bis(max. bis zum 31.12. _____)
2.4 Angabe über die organisatorische Einordnung des Kommunalen Integrationszentrums:
☐ wie bisher
☐ neu ab/ seit _____ wie folgt:
2.5 Dienstanschrift des Kommunalen Integrationszentrums:

3. Beantragte Zuwendung

Zu den voraussichtlichen Personalausgaben der unter 2.1 des Antrags aufgeführten Fachkräften wird eine Zuwendung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt _____ **Euro** beantragt.

Zu den unter 2.2 des Antrags angegebenen voraussichtlichen Sachausgaben wird eine Zuweisung in Form der Festbetragsfinanzierung in Höhe von insgesamt _____ **€** beantragt.⁵

4. Erklärungen

Die Antragstellerin/ Der Antragsteller erklärt, dass

- 4.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird⁶,
- 4.2 die Steuerung des Projektes und die Verantwortung für das Projektergebnis in der Hand der kreisfreien Stadt/des Kreises liegt,
- 4.3 ein durch den Rat der Stadt bzw. durch den Kreistag – in Abstimmung mit den kreisangehörigen Gemeinden – beschlossenes Integrationskonzept vorliegt,
- 4.4 mit den zur Verfügung gestellten Landesmitteln die kommunale Integrationsarbeit verbessert wird,
- 4.5 die unter Nr. 2.2 des Antrags beantragten Mittel für Sachausgaben entsprechend der o.g. Richtlinie verwendet werden,

⁵ Die Höhe der KOMM-AN Stellenanteile richtet sich nach der am Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) bemessenen Zuteilung von Flüchtlingen für das Jahr 2016. Dieser liegt die Einwohnerzahl und Fläche der aufnehmenden Kommune zugrunde. Die Aufteilung der Zuweisung für Sachausgaben erfolgt ebenfalls nach dem FlüAG - Schlüssel.

⁶ Gilt nicht bei Fortführungsmaßnahmen

- 4.6 keine andere öffentliche Förderung beantragt wurde, keine Leistungen Dritter zu erwarten sind, keine alternativen Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und sie/er die Zuwendungen übersteigenden Ausgaben aufbringen wird/die Gesamtfianzierung gesichert ist,
- 4.7 bei der Förderung nach Ziffer 2.1
- geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;
 - die Verwaltungskosten (u.a. Reisekosten) sowie die Kosten für Lehr-, Lern- und Projektmittel im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel übernommen werden;
 - sie/er an dem durch das von den zuständigen Ministerien vorgegebene Förderprogrammcontrolling und ggf. wissenschaftlichen Begleituntersuchungen mitwirkt;
 - das von ihr/ihm betriebene Kommunale Integrationszentrum am Erfahrungstransfer und an überregionalen Aktivitäten der landesweiten Koordinierungsstelle und des Verbundes teilnimmt,
- 4.8 sie/er sich verpflichtet, eine regelmäßige im Zwei-Jahres-Turnus erfolgende Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte in Abstimmung mit den örtlichen Akteuren der Integrationsarbeit durchzuführen,
- 4.9 die Angaben in diesem Antrag (einschl. der Antragsanlagen) vollständig und richtig sind.

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(Name, Funktion)

Anlagen:

☐ Kämmereistellungnahme/ Erklärung der Kämmerei

☐ Durchschrift/en aktuell beantragter und/ oder bereits erteilter Ausnahmegenehmigungen